

Dresdner Volkszeitung

Verlagsbüro: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsbüro: 536, Staatshaus, Dresden.
Hauptverleger: Angestellten und
Beamten, L.-O., Dresden.
Gedr. Knecht, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis: Einjährlicher Preis mit der täglichen Unter-
haltung für den Postboten, außerdem Post und Zeit-
ungsentgelt 3 Mark, halbjährlich 1 Mark, Einzahlungen 10 Pf.
Telegraphisch: Adressat Dresden Volkszeitung

Verlagsbüro: 536, Staatshaus, Dresden.
Hauptverleger: Angestellten und
Beamten, L.-O., Dresden.
Gedr. Knecht, Dresden.

Abonnementspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatszei-
tung 30 Pf., die 90 mm breite Monatszei-
tung 40 Pf., und 250 Pf. Familienanzug, Stellen- und
Gebäude 40 Pf. Abat. für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 38

Dresden, Dienstag den 14. Februar 1928

39. Jahrg.

Der Wirtschaft an die Kehle!

Ausperrung von 800 000 Metallarbeitern

Die Scharfmacher im Lager der Metallindustriellen ver-
sehen sich auf Erpressermethoden. Schon wieder
emulieren sie die gesamte Öffentlichkeit mit einer Kriegs-
erklärung an die Arbeitererschaft.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat
am Montag beschlossen, sämtliche Arbeiter aller ihm an-
geschlossenen Betriebe nach Beendigung der Arbeit am
Mittwoch, dem 22. Februar, auszusperrn. Diese Aus-
sperrung muß, wenn sie Tausende wird, in Deutschland
rund 800 000 — in Berlin allein über 200 000 — Metall-
arbeiter umfassen. Abgesehen von einigen Gruppen im
nordwestlichen Gebiet, werden fast alle Werke, die Eisen
und Metall verarbeiten, also alle Maschinen-, Werkzeug-
und elektrotechnischen Werke von der Ausperrung hirn-
geschädelt. Ein Kampf von riesigem Ausmaß
steht vor der Tür, der die gesamte Wirtschaft in
ihren Grundfesten erschüttern muß.

Warum das alles? Der Generaldirektor Hillmann
von den Krupp-Werken in Magdeburg, der Vor-
sitzende des Verbandes der mitteldeutschen Metallindustriellen,
hat in einer Besprechung mit Vertretern der Berliner und
der auswärtigen Presse — die sozialdemokratische
Presse war natürlich nicht eingeladen — die
Sache so hingestellt, als ob die bösen Metallarbeiter die
ganze Metallindustrie bergewaltigen wollten. Hillmann
hat die Stimmgabeln, die die Gewerkschaften
in den vorberühmten das Schlichtungsverfahren
herauszubringen versucht. Wenn will Herr Hillmann
solchen Redenden den Kopf verdrehen? Ist es nicht zur
Genüge bereits festgestellt worden,

daß es die Unternehmer waren, die von vornherein keine
Einigung mit der Arbeitererschaft wollten?

Warum nicht die Unternehmer sofort, als der Gang der
Verhandlungen keine Erfüllung ihrer Wünsche brachte, gro-
ßes Geschick aufgegeben und mit der Androhung einer
Ausperrung die Situation verschärft? Von Anfang an
haben die Arbeitgeber erklärt, Parteiverhandlungen
sind zwecklos, sie führten zu nichts. So sprechen nur Leute,
die eine Verständigung nicht wünschen, die nicht den Frieden,
sondern den Kampf wollen. Generaldirektor Hillmann wies
zur Begründung der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber
auf die „stark gesunkene Rentabilität der Metallindustrie“
hin. Bei 110 Maschinenfabriken sei der Reingewinn von
12 Prozent vor dem Kriege auf etwa 1,4 Prozent im Jahre
1927 zurückgegangen. Etwa drei Viertel aller Maschinen-
fabriken zahlen keine Dividenden mehr, und weltbekannte
Werke arbeiten schon seit Jahren mit großen Verlusten.
Diese Verhältnisse sind schon zu oft heruntergeleitet wor-
den, um noch Eindruck machen zu können. Was nützen
Hilfsbehauptungen?

Behauptungen sind keine Beweise.

Warum decken die Herren Arbeitgeber nicht ihre Karten auf?
Gewinnmotive ist immer vom Teufel, sie führt meistens
zum Ruine. Das Gleiche gilt auch von der wirtschaftlichen
Automatie. Und Stimmungsmache ist noch
weniger wertvoll als offener Verrat. Warum haben die
Arbeitgeber es nicht für nötig gehalten, zu ihrer Verteidigung
auch die Arbeiterpresse einzuladen? Auch das
Wort der christlichen Gewerkschaften. Der
Zeitschrift weißt darauf hin, daß es um die Sache des Gesamt-
verbandes fast gehen muß, wenn zu einer Pressebegegnung
keine Pressevertreter der Gewerkschaften
einbezogen werden. Diese „Schamhaftigkeit“ sei kenn-
zeichnend für die Sache der Metallindustriellen.

Die Scharfmacher im Lager der Metallindustriellen
wollen wieder einmal

der Wirtschaft an die Kehle.

Wir wollen mit diesem Griff mehr erreichen als die Abwehr
eines Lohnschiedespruches für die mitteldeutschen Metall-
arbeiter, der über den Dreifünftel-Schiedespruch hinaus-
geht. Sie wollen nicht nur der deutschen Metall-
arbeitererschaft einen Sinnhaften verlei-
hen, sie wollen die Metallarbeiter und die gesamte große Lohn-
bewegung dieses Jahres festlegen mit einem Schläge
auswärtigen. Die Metallindustriellen fühlen sich als die
Vertreter der Sozialreaktion. Man will die Arbeitererschaft,
man will die Gewerkschaften, man will auch das Reichs-
arbeitsministerium treffen, und dabei arbeiten eisenverarbeitende
und eisenzeugende Industrie brav und heber zu-
kommen. Die Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden
Industrie hat ja in der Eisenpreisfrage ganz deut-
lich erklärt, die bisherige Politik des Reichsarbeitsministe-
riums, die immer wieder gegen die elementarsten wirtschaft-
lichen Grundgesetze verstoßen habe, müsse endlich eine ent-
scheidende Umstellung erfahren. Das Reichsarbeits-
ministerium soll auf die Knie gezwungen werden. Wird es
bei den Erpressern tatsächlich zu dieser Freundschaft
kommen, daß es sich um mehr handelt als nur um ein paar Pfennig-
Lohnerhöhung?

Die Androhung der Generalausperrung in der mittel-
deutschen Metallindustrie ist eine

Herausforderung der gesamten deutschen Arbeitererschaft.

Vertraut und zynisch erklären die Metallindustriellen, daß mit
den rasch aufeinanderfolgenden Lohnerbhörungen
Schluß gemacht werden müsse. Ueber 200 Tarif-
verträge laufen in nächster Zeit ab, und der Ablauf dieser
Verträge darf nicht — so bedeuken es die Metallindustriellen —
zu neuen Lohnforderungen benutzt werden, weil sonst eine
Preisschraube ohne Ende die notwendige Folge sei. Die
Auseinandersetzung in Mitteldeutschland soll der Klärung
der künftigen deutschen Lohnpolitik dienen. Das ist wenig-
stens offen und deutlich, und die deutsche Arbeiter-
erschaft weiß sehr wohl, woran sie ist. Sehr unmissverständlich hat
der Reichsarbeitsminister bereits am Montag
abend im Reichstag erklärt, daß es nicht nur Sum-
matheausperrungen, sondern auch Sum-
matheerpressungen gebe; die Metallindustriellen spielten mit
dem Feuer, und es bestehe die ernste Gefahr, daß, wenn es
hart auf hart gehe, starke Arbeitergruppen, wie z. B. die
Bergarbeiter u. a. den Metallarbeitern zu Hilfe kommen.
In der Tat: die deutsche Arbeitererschaft nimmt, wenn es nicht
anders sein soll, den ihr hingeworfenen Fehde-
handschuh an. Sie weiß, was auf dem Spiel steht. Sie
weiß, daß mit dem Schlag gegen die Lohnbewegung die ge-
samte Arbeitererschaft entmutigt und verwirrt werden soll, da-
mit die parlamentarischen Helfershelfer der Metallindu-
striellen, d. h. die Reichsparteien, bei den Wahlen im
Frühjahr und bessere Geschäfte machen können. Durch
diese saubere Rechnung der Brandstifter wird die Ar-
beitererschaft einen tiefen Stich machen.

Der Reichsarbeitsminister „wird aufmerksam“

D. Berlin, 14. Februar. (Eig. Funknachr.) Das Zen-
trumorgan Germania schreibt zu dem Ausperrungsbeschlusse
in der Metallindustrie: „Es ist selbstverständlich, daß auch die zu-
ständigen Behörden die Entscheidung mit größter Aufmerk-
samkeit verfolgen müssen. Sollte eine direkte Einigung zwischen
den Parteien nicht erzielt werden können, so bestehen nach dem
heutigen Stand der Dinge zwei Möglichkeiten zu einem Ein-
greifen des Reichsarbeitsministeriums. Die in
der vergangenen Woche ergebnislos geführten Verhandlungen
des Reichsarbeitsministeriums zwischen den mitteldeutschen Industriellen
und den Metallarbeitern sind scheinbar nur vertagt worden. Es
kann also neue Verhandlungen anberaumt werden.
Schnell besteht theoretisch die Möglichkeit, ein neues Schlich-
tungsverfahren einzuleiten. Wie sich die Dinge allerdings
praktisch entwickeln werden, steht vorläufig noch völlig dahin.“

Auflösung Ende März?

Der Soz. Vorkleidungs schreibt:

Die Auflösung des Reichstages ist für
Ende März zu erwarten. Die Neuwahlen dürften vor-
ausichtlich am ersten Sonntag im Mai stattfinden. Man
hofft im Lager der Regierungsparteien, für diesen Plan auch
den Reichspräsidenten gewinnen zu können.

Die Bürgerdiätregierung liegt im Todeskampf. Sie ist
schon seit Tagen zum Tode verurteilt, aber immer noch nicht
zum Tode bereit.

Auch am Montag haben sich die Ärzte dieser Bürgerdiät-
regierung — die Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses —
noch nicht dazu entschließen können, der Welt von dem Tode
ihres schlagkranken Bundes offiziell Mitteilung zu machen. Die
Verhandlungen dauerten von 4 bis 8 Uhr nachmittags. Der deut-
sch-nationale Innenminister und Graf Westarp begründeten die ver-
schiebenden Kompromißvorschlüsse. Eine Einigung wurde jedoch
nicht erzielt. Am Dienstag vormittag um 10 Uhr soll nun noch
ein allerletzter Versuch

zur Lösung der Schwierigkeiten gemacht werden. Man will — wie
ein maßgebender Führer des Zentrums erklärte — die letzten
Möglichkeiten erschöpfen und im Laufe des Tages auf irgendeine
Art eine Klärung herbeiführen. Die Hoffnungen, daß eine Ein-
gung noch zustande kommen könnte, sind gleich Null. Weder das
Zentrum noch die Volkspartei zeigen sich zur Nachgiebigkeit bereit.
Man hätte schon am Montag die Ausschlußmöglichkeit weiterer Ver-
handlungen festgestellt. Aber die deutschnationale Volkspartei hat
stehlich um einen allerletzten Versuch zur Beilegung der
stehenden Koalition. Ihr ist diese Regierung zur Genü-
gen der Großpartei und der Großindustriellen
aus Verzweiflung. Nur schwer und gezwungen nimmt sie
von ihr Abschied.

Dieser Abschied ist unermesslich! Der Wahltermin
ist so gut wie sicher. Voraussetzungen sind zunächst noch der
Einzug und der Nachtragserlöblich; vielleicht auch noch des
Konstitutionsänderungsgesetzes. Dann aber hat die Stunde dieser
Bürgerdiätregierung und dieses Reichstages geschlagen. Man

Es ist anzunehmen, daß in den obigen Ausführungen die
Meinung des Reichsarbeitsministers wiedergegeben ist.

Der Nordwesten nicht betroffen

SPD. Bochum, 13. Februar. (Eig. Draht.) Von dem
Generalausperrungsbeschlusse des Gesamtver-
bandes Deutscher Metallindustrieller wird, wie der
Vertreter des Soz. Pressendienstes erfährt, die nordwestliche
Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf um-
faßt, sowie die Siegerländer Industrie und die Industrie zwischen
Wachen und Düren nicht betroffen, da diese Industrie-
gruppen nicht dem Gesamtverband der Deutschen Metall-
industriellen angeschlossen sind.

Lohnkämpfe und Reichstagswahlen

In der bürgerlichen Presse lesen wir:

Einer der Hauptgründe, die gegen eine Annahme des
Reichstages im April oder Mai angeführt werden, ist bekanntlich
das Ablaufen einer großen Anzahl Tarifver-
träge. Darüber kann im einzelnen folgendes gesagt werden:
Ende Februar laufen Verträge, die etwa 300 000 Arbeiter be-
treffen, ab, Ende März werden 2½ Millionen Arbeiter in Ver-
trag kommen, darunter vor allem die große Gruppe der Metall-
arbeiter. Ende April laufen Verträge für etwa 800 000 Arbeiter
ab, darunter die der Bergarbeiter, und Ende Mai kommen rund
150 000 Arbeiter in Betracht. Dies sind insgesamt etwa 3½
Millionen, die zu den angeführten verschiedenen Terminen in
Lohnkämpfen treten werden.

Es ist begreiflich, daß man in den bürgerlichen Kreisen
Angst hat, die Wahlen zu einer Zeit stattfinden zu lassen, wo
um die Löhne verhandelt und gestritten wird. Das Beispiel der
Metallindustriellen zeigt, daß sich unsere
Unternehmer mit Händen und Füßen dagegen sträuben werden,
den Arbeitern die Löhne zu zahlen, die sie unbedingt
brauchen, wenn sie ein menschenwürdiges Dasein
führen wollen. Man fürchtet, daß die Arbeiter bei den
Reichstagswahlen die gebührende Antwort für dieses Ver-
halten der Unternehmer geben werden und möchte des-
halb gern die Wahlen bis zu einem Zeitpunkt verschoben,
an dem die Arbeiter nicht mehr in so früher Einnahme
haben, wie man ihnen mitteilt. Die Hoffnungen, die man
auf das schlechte Gedächtnis der Arbeiter setzt,
werden sich nicht erfüllen. Auch im Herbst werden die Ar-
beiter die Ereignisse vom Frühjahr noch nicht vergessen
haben und vielleicht fällt bei Wahlen die notwendige An-
wort noch viel gründlicher aus, wenn die Arbeiter erst
noch ein paar Monate Zeit haben, die Wirkungen der nie-
drigen Löhne zu spüren.

„Wenig aussichtsreich...“

D. Die deutschnationale Reichstagsfrac-
tion beschäftigte sich am Montag im Anschluß an die inter-
fraktionellen Besprechungen mit der politischen
Lage. Auch das Zentrum war zu Erörterungen über
das gleiche Thema zusammengetreten. In beiden Fraktionen
gab man der Heberzeugung Ausdruck, daß die für Dienstag
angelegten interfraktionellen Verhandlungen als „wenig
aussichtsreich“ gelten.

D. Berlin, 14. Februar. (Eig. Funknachr.) Die heutige
Morgenpresse aller Parteirichtungen liefert eine Bestätigung
dafür, daß den für heute angelegten interfraktionellen Verhan-
dlungen nur noch formelle Beendigung bevorsteht. Offenbar-
lich, so sagt die Deutsche Tageszeitung, sind die
deutsche Volkspartei erwasteten, nicht sofort den anderen
Koalitionsparteien den Verhandlungsgegenstand hinzuwerfen, sondern an
den Weiterverhandlungen sich zu beteiligen. Aus diesen Worten,
die mit der tatsächlichen Einstellung der Deutschen Volkspartei
übereinstimmen dürften, ergibt sich, was von den heutigen Ver-
handlungen zu halten ist.

Aus dieser Sachlage heraus spricht auch die Germania
daraus, daß eine Aussicht auf eine Einigung kaum besteht. Sie
rechnet damit, daß die Neuwahlen in der ersten Hälfte
des Mai fallen und wenn es voraussetzlichen Termin den
18. Mai. Bis dahin dürften nach der gleichen Quelle noch der
Einzug und der Nachtragserlöblich werden. Die Täg-
liche Rundschau hat eine Einigung ebenfalls für völlig aus-
sichtslos.